



Bundestags- brief

Nr.211 • Die Woche im Bundestag • 28.04.2017



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Konrad Adenauers Erbe der Europäischen Einigung bleibt Verpflichtung auch in der Zukunft

Am vergangenen Mittwoch hat sich der Todestag Konrad Adenauers zum 50. Mal gejhrt. Als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hat er die Entwicklung unseres Landes wie seither kaum ein anderer Politiker beeinflusst.

Die europäische Versöhnung und Einigung sowie die feste Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Wertesystem waren Grundüberzeugungen Adenauers, die seither Teil der Staatsräson unseres Landes geworden sind.

Dabei zeigen die aktuellen Entwicklungen, dass sowohl die Politik der europäischen Einigung als auch die Orientierung an westlichen Werten keineswegs Selbstverständlichkeiten waren und sind.

Die Entscheidung Großbritanniens, aus der Europäischen Union auszutreten, stellt die Europäische Union vor eine große Herausforderung. Der Planung und Konzeption der Austrittsverhandlungen dient dabei die Sondertagung des Europäischen Rates in Brüssel am 29. April 2017.

In einer Regierungserklärung hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den Standpunkt der Bundesregierung dargelegt. Großbritannien wird auch zukünftig ein wichtiger Partner und Verbündeter Deutschlands bleiben. Allerdings kann ein neues Abkommen nicht all jene Privilegien beinhalten, die eine EU-Mitgliedschaft mit sich bringt.

Über diese grundsätzliche Haltung besteht bei allen 27 weiteren Mitgliedern der Europäischen Union Einigkeit.

Das ist eine gute Voraussetzung, um in den Verhandlungen mit Großbritannien ein für alle Seiten akzeptables Ergebnis zu erzielen.

Die Verhandlungen werden beweisen, dass die Europäische Union weiterhin ein handlungsfähiger und attraktiver Partner in der Welt ist.

Von großer Bedeutung für uns war in der letzten Woche auch die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahlen.

Wirtschaftliche Probleme und große Herausforderungen in der Integrationspolitik haben in Frankreich in den letzten Jahren zu großer Verunsicherung geführt. Dass in einer solch schwierigen Situation mit Emmanuel Macron ein dezidiert pro-europäischer Politiker als Sieger aus dem ersten Wahlgang hervorgeht, ist eine gute Nachricht für die Europäische Idee.

Darüber hinaus ist es aber auch ein wichtiges Zeichen für die deutsch-französische Freundschaft. Denn einige KandidatInnen haben in ihrem Wahlkampf offen Ressentiments gegenüber Deutschland und einer angeblichen deutschen Dominanz in Europa geschürt. Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen hat gezeigt, dass derartige Positionen in Frankreich nicht mehrheitsfähig sind.

Die Franzosen haben mehrheitlich für ein Gesellschaftsbild votiert, in dem Vielfalt und Verbindlichkeit kein Widerspruch sind und den politischen Kräften mit einer nationalistischen Ideologie der Ausgrenzung ein deutliches Zeichen entgegengesetzt.

Nach den Wahlen in den Niederlanden können nun auch die Franzosen in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen beweisen, dass mit Ressentiments, mit Angstmacherei und Isolatismus in Europa jedenfalls keine Wahlen zu gewinnen sind. Das wäre ein wichtiges Zeichen gerade auch für die bevorstehende Bundestagswahl.

Wichtige Schritte zu mehr innerer Sicherheit.

In dieser Woche haben wir uns für die Sicherheitsstruktur in unserem Land eingesetzt, mit der Reform des BKA-Gesetzes für eine grundlegende Modernisierung der polizeilichen IT-Systeme. Diese ist für die Alltagsarbeit der Polizisten und Kriminalbeamten von unschätzbarem Wert. Ein besonderes Anliegen der Union ist der stärkere Schutz von Polizisten und anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen. Das sind wir all jenen schuldig, die tagtäglich den Kopf für uns alle hinhalten. Zugleich greifen wir bei der unterlassenen Hilfeleistung die Problematik der „Gaffer“ auf, die die Einsatzkräfte in unverantwortlicher Weise bei ihrer Arbeit behindern.

In dieser Woche haben wir die Voraussetzung geschaffen, um Fluggastdaten zur Aufdeckung und Verfolgung terroristischer Straftaten und schwerer Kriminalität zu nutzen. Hierfür haben wir jahrelang auf EU-Ebene gekämpft und erst die Terroranschläge in Frankreich haben die linken Parteien im Europäischen Parlament einlenken lassen.

Schließlich zeigen die aktuellen Zahlen auch: Dort, wo die Union den Innenminister stellt, lebt es sich sicherer. In Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist das Einbruchrisiko fünfmal so hoch wie in Bayern. In Baden-Württemberg gibt es die wenigsten Straftaten pro 100.000 Bürger. Nordrhein-Westfalen hat die schlechteste Aufklärungsquote von allen Flächenländern. Wir haben daher im Plenum, am Mittwoch bei unserem Fraktionskongress „Tag der inneren Sicherheit“ und beim Empfang mit der Bundeskanzlerin klargestellt: CDU und CSU sind die Parteien der inneren Sicherheit.

Armutsprävention und Renteneinheit.

Wir bringen Ruhe in das komplizierte Thema Rente. Ausdruck dieser Zielsetzung sind zwei Gesetzentwürfe für höhere Erwerbsminderungsrenten und für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht, die wir in erster Lesung beraten haben.

Ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West vollendet die Deutsche Einheit bis 2025. Als letztes der Sozialsysteme vereinheitlichen wir die gesetzliche Rentenversicherung. In einem Aufholprozess werden die Renten von 51 Pro-

zent im Jahr 1991 bis 2025 auf 100 Prozent des Westwertes ansteigen und bis dahin die Höherwertung der Ostlöhne bei der Rente abgeschmolzen sein.

Und: Es geht um Armutsprävention. Wir weiten die Leistungen für diejenigen weiter spürbar aus, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig in Rente gehen und mit Altersarmut rechnen müssen – und zwar schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode. Die Reform stellt alle besser, die ab Anfang 2018 neu in eine Erwerbsminderungsrente gehen. Die Renten dieser 1,8 Millionen Menschen werden künftig so berechnet, als ob sie bis 65 Jahre mit ihrem durchschnittlich verdienten Lohn weiter gearbeitet hätten. Die bestehenden Abschläge bleiben unverändert. Die Erfolge der Rentenpolitik der letzten 15 Jahre werden damit nicht gefährdet.

Kriminalität steigt etwas, Einbruchszahlen sinken.

Wie die in dieser Woche vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart, ist die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % auf 6,373 Mio. gestiegen.

Die Aufklärungsquote bleibt konstant bei 56,2 %, besonders hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. Bei allen Straftaten wurden etwa 2,360 Mio. Tatverdächtige ermittelt, davon waren 953.744 Ausländer.

Günstiger sieht es bei den Einbruchszahlen aus. Diese sind um 9,5 % auf 151.265 Fälle gesunken. Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass sich Prävention lohnt und wir mit dem von uns eingeführten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen wie sichere Fenster und Türen richtig liegen.

Auch gesunken ist die Anzahl der Ladendiebstähle, nämlich um 3,3 % auf 378.448 Fälle. Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle) und Rauschgiftdelikte (um 7,1 % auf 302.594 Fälle).

(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016)